

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

**Aus der Not eine Tugend machen und endlich im 21. Jahrhundert ankommen –
„Home-Schooling“ unter Nutzung digitaler Medien optimieren**

Im Zuge der durch die Corona-Pandemie bedingten Schulschließungen, hat sich das Unterrichtsgeschehen deutlich gewandelt und dabei zwangsläufig aus den Schulen in die Elternhäuser der Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven verlagert. Verständlicherweise können die Lernformen, die unter dem Begriff „Home-Schooling“ gebündelt werden, keineswegs den regulären Schulbesuch ersetzen. Dabei begünstigen die heimischen Ausgangsbedingungen der Schülerinnen und Schüler, was die Ausstattung mit digitalen Endgeräten und schnellem Internet oder die Unterstützung durch Elternteile anbelangt, Lernerfolge im Rahmen von „Home-Schooling“ in sehr unterschiedlichem Ausmaß.

Hinzu kommt, dass sich auch Lehrkräfte der neu an sie gestellten Herausforderung von Wissensvermittlung und Unterrichtsgestaltung im „Home-Schooling“-Format durchaus unterschiedlich nähern. So nutzten manche die Möglichkeiten von onlinebasierten Lernplattformen, wie beispielsweise „itslearning“, schon in der Vergangenheit intensiv und bauten diese regelhaft in ihre gemeinsame Arbeit mit ihren Schülerinnen und Schülern ein. Wiederum andere Lehrkräfte taten dies weniger ausgeprägt, u. U. auch, da sie – wie viele ihrer Schülerinnen und Schüler auch – nicht über leistungsfähige digitale Endgeräte verfügen. Diese Situation hat zur Folge, dass Lehrkräfte „Home-Schooling“-Formate durchaus unterschiedlich und von Schule zu Schule verschieden ausgestalten und umsetzen.

Die Corona-Krise macht es nunmehr aber unausweichlich, aus der auf unabsehbare Zeit noch anhaltenden Notwendigkeit zur Durchführung von schulischem Unterricht im „Home-Schooling“ eine Tugend zu machen, indem beispielweise die Digitalisierung der Schulen vorangetrieben wird, neue Kommunikationswege selbstverständlich, regelhaft und verlässlich Einzug in unsere Schulen halten und neue Formate der Wissensvermittlung stärker genutzt werden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis spätestens nach den Sommerferien 2020 ein ausgereiftes Leihkonzept von mobilen Endgeräten zur schulischen Nutzung für Schülerinnen und Schüler zu erstellen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel zur Anschaffung mobiler Endgeräte sind auf Grundlage einer Bedarfserhebung anteilig auf Bremerhaven und Bremen aufzuteilen.

2. sich dafür einzusetzen, die Mittel aus dem eigentlichen Digitalpakt unter diesen Umständen flexibler verwenden zu können, um zum Beispiel auch die Wartung der Geräte sicherstellen zu können.
3. den Umfang der unterrichtlichen Nutzung sowie der schulorganisatorischen Einbindung der im Land Bremen genutzten digitalen Plattformen und Anwendungen (zu forderst „its-learning“) einheitlich und vor allem verbindlich zu regeln. Hiermit soll eine nachvollziehbare Arbeitsgrundlage für das pädagogische Personal auf der einen sowie für Schülerinnen, Schüler und Eltern auf der anderen Seite geschaffen werden.
4. Lehrkräften zur dienstlichen Nutzung und unterrichtlichen Unterweisung, speziell beim Gebrauch digitaler Medien und Formen des „Home-Schoolings“, bei Bedarf digitale Endgeräte zur Leihe bereit zu stellen.
5. eine Erhebung von „Best-Practice“-Maßnahmen vorzunehmen, wie speziell Eltern bei der Begleitung von „Home-Schooling“ am besten unterstützt werden können.
6. zu gewährleisten, dass sämtliche Unterlagen, zugehörige Unterrichtsplanungen und jegliche hiermit in Verbindung stehende relevante schulische Informationen – sowohl für Schülerinnen und Schüler im Präsenzunterricht wie auch im andauernden „Home-Schooling“ – verbindlich und unmittelbar in die zur Anwendung kommende digitale Lernplattform eingepflegt werden.
7. klar zu regeln, dass Schülerinnen und Schüler im „Home-Schooling“ mindestens einmal wöchentlich Anspruch auf persönlichen Austausch mit jeder Lehrkraft in jedem erteilten Fach haben.

Beschlussempfehlung:

Yvonne Averwenser, Sandra Ahrens, Günther
Fleißikowski, Bettina Hornhues, Thomas
Röwekamp und Fraktion der CDU